

Der Kreisausschuss verweist die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.10.2014 „Resolution - Keine Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung durch TTIP und CETA“ und der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 27.10.2014 „Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden“ zur weiteren Beratung in den Kreistag.